

Die Landeshauptstadt Innsbruck sucht

eine Sachbearbeiterin/ einen Sachbearbeiter

für das Referat „Aufenthaltsangelegenheiten“ in Vollbeschäftigung
ab März 2019.

Aufgabenstellung:

- Vollzug des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes

Anforderungsprofil:

- Matura (AHS)
- nach Möglichkeit abgelegte Dienstprüfung für die Verwendungsguppe „b“
- Grundkenntnisse der internen Verwaltungsabläufe in Hinblick auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit städt. Dienststellen, anderen Behörden sowie Rechtsvertretern
- Bereitschaft und Fähigkeit zum Einarbeiten in eine komplexe Rechtsmaterie
- Kenntnisse des Verwaltungsverfahrensrechts
- gefestigte Persönlichkeit, Konfliktfähigkeit und Belastbarkeit
- Teamfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft
- soziale Kompetenz, Verständnis für die spezifischen Problemlagen der AntragstellerInnen sowie Aufgeschlossenheit gegenüber Fremden
- Fremdsprachenkenntnisse von Vorteil
- fundierte EDV-Kenntnisse im Produktumfeld von MS-Office sowie die Bereitschaft, sich in fachspezifische Programme einzuarbeiten

Entlohnung:

Der zu besetzende Dienstposten ist in der Entlohnungsgruppe b eingereiht. Das monatliche Mindestentgelt beträgt auf Basis von Vollbeschäftigung € 2.378,-- brutto, dieses kann sich auf Grund der gesetzlichen Vorschriften gegebenenfalls durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie durch sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Bezugs- bzw. Entlohnungsbestandteile erhöhen.

Bewerbung:

Die Stadtgemeinde Innsbruck strebt eine Erhöhung des Frauenanteiles an. Frauen sind deshalb besonders eingeladen sich zu bewerben.

Interessierte richten ihre entsprechend belegte Bewerbung unter Anschluss eines Lebenslaufs, der Nachweise der in der Ausschreibung genannten Erfordernisse und der Gründe, die die Bewerberin bzw. den Bewerber für die ausgeschriebene Funktion geeignet erscheinen lassen, schriftlich bis **31. Jänner 2019** an den Stadtmagistrat Innsbruck, Amt für Personalwesen, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck.

Mit Abgabe der Bewerbungsunterlagen bekunden die Bewerberinnen und Bewerber die Bereitschaft zur Teilnahme an internen wie externen Evaluierungsverfahren und die Zustimmung zur automationsunterstützten Verarbeitung ihrer Daten.

